

**Kommentar Wirtschaftspolitik**  
2014/16 | 23.10.2014

## Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum für Österreich und Europa - Industriepolitik vor dem Hintergrund klima- und energiepolitischen Zielsetzungen

Der Bad Ischler Dialog 2014 der österreichischen Sozialpartner widmete sich der Fragestellung, wie vor dem Hintergrund der europäischen Klima- und Energiepolitik Wachstum und Beschäftigung gesteigert werden und wie sich Österreich und Europa im globalen Wettbewerb positionieren können.

Kernstück der EU-Energie- und Klimapolitik bis 2030 ist eine neue Zielvorgabe für die Reduktion der EU-internen Treibhausgas-Emissionen von 40 % gegenüber dem Wert von 1990. Die Sozialpartner sind sich einig, dass diese Zielsetzung sehr ambitioniert ist und die Gefahr birgt, dass dies das Wirtschaftswachstum abgeschwächt und Betriebe ins Ausland abwandern. Damit können nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Fertigungskompetenzen verloren gehen.

Besonders betroffen von den ambitionierten Emissionszielen sind die energieintensiven Industrien. Laut Prof. Karl Rose (Universität Graz) sind in den letzten fünf Jahren ca. 100 bis 120 Milliarden Euro aufgrund der hohen Energiekosten aus Europa abgeflossen.<sup>1</sup>

Beispielsweise haben österreichische Leitbetriebe ihre Produktion in den USA aufgebaut, weil dort bessere Rahmenbedingungen vorhanden sind und deutlich niedrigere Produktionskosten anfallen. Vor allem die günstigen Energiepreise in den USA ziehen Investoren an. Die Energiepreise in den USA sind - vor allem durch die Gewinnung von Schiefergas - deutlich geringer als in Europa. In Österreich werden die Energiekosten insbesondere durch Steuern und Abgaben wie auch durch Transportkosten in die Höhe getrieben. Zusätzlich schrecken hohe Lohnnebenkosten und bürokratische Hürden potenzielle Investoren ab. Aufgrund all dieser Gegebenheiten laufen die EU bzw. Österreich Gefahr, an Standortattraktivität - insbesondere für energieintensive Sektoren - zu verlieren.

Ein stabiler Industrieanteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist aber ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Österreichs Wirtschafts- und Sozialmodell. Insbesondere vor dem Hintergrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung und der hohen Arbeitslosigkeit in Europa muss der Fokus darauf gelegt werden, das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum anzukurbeln. Andernfalls läuft Europa Gefahr, den Anschluss zu verlieren und wirtschaftliche Dynamik an Amerika und Asien zu verlieren. Dementsprechend muss das Ziel einer Reindustrialisierung Europas mit klimapolitischen Zielsetzungen in Einklang gebracht werden.

Eine aktuelle Studie<sup>2</sup> zeigt auf, dass die derzeit diskutierten Treibhausgas-Emissionsziele bis 2030 negative wirtschaftliche Auswirkungen auf Österreich haben werden: Infolge der Zielsetzungen der EU-Klimapolitik werden das

<sup>1</sup> Zahlen basieren auf Schätzungen des Weltenergieates und der US Energy Association.

<sup>2</sup> Schneider, F. et al. (2014): Wirtschaftliche und finanzielle Auswirkungen eines neuen THG-Ziels für 2030 in Österreich und Betroffenheit der österreichischen Volkswirtschaft.

**Medieninhaber/Herausgeber:**  
Wirtschaftskammer Österreich  
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik  
Leitung: Dr. Christoph Schneider  
Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien  
[wko.at/wp](http://wko.at/wp)  
[wp@wko.at](mailto:wp@wko.at)

**AutorIn:**

Mag. Karin Steigenberger, BA  
+43 (0)5 90 900-4262  
[karin.steigenberger@wko.at](mailto:karin.steigenberger@wko.at)

Mag. Alexander Kern  
+43 (0)5 90 900-4910  
[Alexander.Kern@wko.at](mailto:Alexander.Kern@wko.at)

Bruttoinlandsprodukt und die Beschäftigung hierzulande sinken.

Vor diesem Hintergrund wird die Notwendigkeit deutlich, dass Klimaschutz nicht zulasten von Wachstum und Beschäftigung gehen darf. Die Sozialpartner bekennen sich zur Bedeutung von Klima- und Umweltpolitik, ein Alleingang Europas in Hinblick auf Klimaschutz ist aber nicht zielführend: Im Jahr 2020 wird die EU für 9 % der globalen Emissionen verantwortlich sein, während die USA 12 % und China 23 % der globalen Emissionen verursachen werden. Diese Relationen verdeutlichen die Bedeutung eines globalen Abkommens, das vor allem auch die großen Emittenten USA und China miteinschließen muss. Dementsprechend soll es bei der Weltklimakonferenz in Paris im Dezember 2015 ein weltweites Klimaschutzabkommen mit einer gemeinsamen CO<sub>2</sub>-Vereinbarung geben. Es ist in Hinblick auf Klimaschutz nicht sinnvoll, wenn Industriebetriebe ihre Produktion in andere Weltregionen - mit weniger strengen Umweltstandards - verlagern („Carbon Leakage“) und dadurch insgesamt mehr Emissionen verursachen.

Eine wesentliche Herausforderung liegt somit darin, klima- und energiepolitische Ziele mit wirtschafts- und industriepolitischen Strategien zu kombinieren und auf diese Weise zusätzliches Wachstum zu induzieren. Dabei haben Forschung und Entwicklung bzw. technologischer Fortschritt und Innovationen eine hohe Bedeutung. Durch umweltfreundliche Produktion bzw. durch Technologien mit höchsten Standards kann diversen umweltpolitischen Problemstellungen begegnet werden. Gleichzeitig stärken Investitionen in Technologieentwicklung und Innovation die Wirtschaft und führen zu Wachstum und Beschäftigung. In Hinblick darauf gilt es, u.a. die Spitzenposition Österreichs im Bereich der Umwelt- und Energietechnologien weiter auszubauen.

Die Steigerung der Energieeffizienz ist eine zentrale Voraussetzung für die Erreichung klima- und energiepolitischer Zielsetzungen. Darüber hinaus ist Energieeffizienz ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor: Denn eine Steigerung der Energieeffizienz führt dazu, dass Ressourcen effizient genutzt werden und die Produktionskosten sinken. Unternehmen mit einem minimalen Energieeinsatz und maximalem Output haben einen klaren Wettbewerbsvorteil. Große Fortschritte diesbezüglich gibt es beispielsweise bei der thermischen Sanierung, im Bereich Mobilität und im Bau.

Darüber hinaus leisten erneuerbare Energien einen entscheidenden Beitrag für Klima- und Umweltschutz. Österreich ist in diesem Bereich mit einem Anteil von über 30 % am Gesamtenergieverbrauch sehr gut aufgestellt. Die Sozialpartner sprechen sich dafür aus, dass es auch nach 2020 - parallel zur Beschlussfassung eines Treibhausgasreduktionszieles - Ziele für den Anteil erneuerbarer Energieträger gibt. Andernfalls kann die EU-Klimapolitik dazu führen, dass Nuklearenergie gefördert wird.

Um den Wirtschaftsstandort Österreich attraktiver zu gestalten und „Innovation Leadership“ zu erlangen, braucht es laut Brigitte Bach (Austrian Institute of Technology) eine *„coalition of the willing“* und dementsprechend eine wirtschaftspolitische Strategie mit einer Vision und klaren Zieldefinitionen. Es gehe darum, einen Wettbewerb gewinnen zu WOLLEN. Dafür müssten Unternehmen, Regierung und Sozialpartner zusammenarbeiten. Neue Innovationsregionen sollen geschaffen werden.

Als weitere wesentliche Erfolgsfaktoren gelten ein Abbau bürokratischer Hürden, eine positive Verankerung von Unternehmertum in der Gesellschaft, mehr Risikobereitschaft in der Gesellschaft im Allgemeinen sowie beispielsweise bei der Vergabe von Förderungen und ein gutes Verhältnis mit Russland. Österreich kann als Hochlohnland nur die *„High Road“-Strategie* verfolgen, mit einem klaren Fokus auf Forschung, Innovation und Qualifikation.

Wirtschaftskammer Österreich  
Vertretungsbefugtes Organ:  
Präsident Dr. Christoph Leitl  
Tätigkeitsbereich: Information,  
Beratung und Unterstützung der  
Mitglieder als gesetzliche  
Interessenvertretung.  
Blattlinie: Die Kommentare  
Wirtschaftspolitik informieren  
regelmäßig über aktuelle  
wirtschaftspolitische  
Themenstellungen.  
Chefredaktion:  
Dr. Christoph Schneider  
Druck: Eigenvervielfältigung  
Erscheinungsort Wien  
Offenlegung: [wko.at/offenlegung](http://wko.at/offenlegung)